

Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt und der anschließenden Vertragsabwicklung

– Datenschutzhinweise Beschaffung –

Version: 17.01.2020

Das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt vergibt öffentliche Liefer- und Dienstleistungsaufträge an private Unternehmen. Für die Durchführung des Vergabeverfahrens und die Auftragsabwicklung verarbeiten wir vorrangig allgemeine Unternehmensdaten (Firma, Anschrift, Telefonnummer, Telefaxnummer, E-Mail-Adresse, Kontodaten, Steuernummer). Wenn Sie sich als Bewerber oder Bieter um einen öffentlichen Auftrag bemühen, können wir Sie auffordern, auch personenbezogene Daten anzugeben. Sie sind grundsätzlich nicht verpflichtet, diese Angaben zu machen. Jedoch kann die Nichtangabe dazu führen, dass Ihre Bewerbung oder Ihr Angebot nicht berücksichtigt wird.

Diese Datenschutzhinweise informieren Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

1. Wer sind Ihre Ansprechpartner?

Fragen in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten können Sie an das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt, vertreten durch den Präsidenten, oder unmittelbar an die Zentrale Beschaffungsstelle richten:

Anschrift des Verantwortlichen: Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt
Freiimfelder Str. 68
06112 Halle (Saale)

E-Mail: LAV-Poststelle@sachsen-anhalt.de

Zentrale Beschaffungsstelle: Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt
Dezernat Wirtschaftliche Angelegenheiten
Zentrale Beschaffungsstelle
Kühnauer Str. 70
06846 Dessau-Roßlau
E-Mail: LAV-Beschaffung@sachsen-anhalt.de

Darüber hinaus können Sie sich an den Datenschutzbeauftragten des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt wenden:

Datenschutzbeauftragter: Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt
Datenschutzbeauftragter
Freiimfelder Str. 68
06112 Halle (Saale)
E-Mail: andreas.gramatke@sachsen-anhalt.de

Aufsichtsbehörde nach Artikel 57 DSGVO ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz Sachsen-Anhalt:

Aufsichtsbehörde: Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt
Leiterstraße 9
39104 Magdeburg
E-Mail: poststelle@ldf.sachsen-anhalt.de
Weitere Informationen: www.datenschutz.sachsen-anhalt.de

2. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?

Die von Ihnen mitgeteilten Daten verarbeiten wir, um das Vergabeverfahren durchführen und im Falle einer Auftragserteilung den Vertrag abwickeln zu können. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist

- hinsichtlich des Vergabeverfahrens Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c) in Verbindung mit Artikel 6 Abs. 3 DSGVO; die rechtliche Verpflichtung ergibt sich aus § 55 Landeshausordnung des Landes Sachsen-Anhalt und § 122 Abs. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen,
- hinsichtlich der Vertragsabwicklung Artikel 6 Abs. 1 Buchstaben b) DSGVO.

Ergänzend gelten für die Datenverarbeitung die Vorschriften der Datenschutzgesetze des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt.

3. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Wir verarbeiten folgende Kategorien personenbezogener Daten:

- Personenstammdaten (Name, Anschrift), ausschließlich bei Inhabern von Einzelunternehmen oder Personengesellschaften zudem das Geburtsdatum und die Staatsange-

hörigkeit, wenn eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister notwendig ist (siehe Punkt 5)

- Kommunikationsdaten
- Kontodaten
- Sonstige Vertragsdaten (Vertragsbeziehung, Steuernummer)

Dies gilt sowohl für Daten von Personen, die in dem Verfahren für das Unternehmen Erklärungen (z. B. Angebote) abgeben als auch für Daten von anderen Personen, wenn diese im Rahmen eines Vergabeverfahrens oder der späteren Vertragsabwicklung übermittelt werden:

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens,
- die gesetzlichen Vertreter oder bestimmte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Unternehmen, insbesondere, sofern diese Unternehmen zur Ausführung des öffentlichen Auftrags
 - als Unterauftragnehmer beauftragt oder
 - deren Kapazitäten in sonstiger Weise im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden sollen,
- Ansprechpartner anderer Unternehmen oder öffentlicher Einrichtungen, die als Referenz für den öffentlichen Auftrag angegeben werden.

In diesen Fällen gehen wir davon aus, dass Sie die betroffenen Personen informiert haben.

4. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden weitgehend IT-gestützte Verfahren eingesetzt. Für diese sind technische und organisatorische Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung, Verlust oder Veränderung sowie gegen den unbefugten Zugriff zu schützen.

5. Unter welchen Voraussetzungen dürfen wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?

Es wird nur denjenigen Behördenmitarbeitern Zugang zu Ihren personenbezogenen Daten gewährt, welche mit der Durchführung des jeweiligen Vergabeverfahrens und mit der Vertragsabwicklung betraut sind.

Alle personenbezogenen Daten, die uns in einem Vergabeverfahren bekannt geworden sind, dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist. Letzteres gilt insbesondere in folgenden Fällen:

- Für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, ist bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem

Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung anzufordern (§ 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz).

- Vor der Zuschlagserteilung sind bei Aufträgen ab einer Höhe von 50.000 Euro ohne Umsatzsteuer die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, und über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebotes zu informieren (§ 134 Abs. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, § 19 Abs. 1 Landesvergabegesetz Sachsen-Anhalt); auf Antrag eines Bieters gilt dies auch bei Aufträgen unterhalb der Wertgrenze.

Zur Durchführung des Verfahrens kann eine Übermittlung Ihrer Daten an folgende Kategorien von Empfängern erforderlich sein

- andere öffentliche Auftraggeber, sofern ein gemeinsames Vergabeverfahren durchgeführt wird,
- zuständige Aufsichts- und Kontrollbehörden,
- Gerichte und andere Behörden,
- Vollstreckungsbeamte,
- Sachverständige.

Die Datenübermittlung erfolgt ausnahmslos nur auf Anforderung in Schrift- oder Textform und in dem Umfang, wie dies für das jeweilige Verfahren oder zur Wahrnehmung der jeweiligen Aufsichts- und Kontrollrechte notwendig ist.

Grundsätzlich verwenden und verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten nur innerhalb unserer Behörde. Für den Fall, dass für bestimmte Verfahrensabschnitte eine Datenverarbeitung im Auftrag erfolgt („Auftragsverarbeitung“), werden die Auftragsverarbeiter vertraglich dazu verpflichtet, personenbezogene Daten nur im Einklang mit den Anforderungen der datenschutzrechtlichen Regelungen zu verwenden und den Schutz der betroffenen Personen zu gewährleisten.

6. Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Ihre personenbezogenen Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der einzuhaltenden Regelungen zu Aufbewahrungsfristen für die jeweilige Aufgabenerfüllung notwendig ist. Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die haushaltsrechtlichen und handelsrechtlichen Aufbewahrungsfristen von in der Regel zehn Jahren (§ 79 Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt, § 257 Handelsgesetzbuch).

Personenbezogene Daten, die zur Durchführung vergebener Aufträge erforderlich sind, müssen wir bis zum Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit und eventuellen Verjährungsfristen für Mängelansprüche speichern. Die Verjährungsfristen richten sich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches; sie sind von der Art des jeweiligen Vertrages abhängig.

7. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?

Sie haben insbesondere folgende Rechte.

- Auskunft über die Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO),
- Berichtigung unrichtiger Daten (Artikel 16 DSGVO),
- Löschung nicht mehr benötigter Daten (Artikel 17 DSGVO),
- Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO),
- Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Artikel 21 DSGVO),
- Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO)
- Das Recht, eine erteilte Einwilligung jederzeit widerrufen zu können, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung hierdurch berührt wird.